

22. März 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/57

Bonn, den 22. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3a	Deutschland und Frankreich ----- Die Sozialdemokraten und die Vereöhnung unserer Völker Kurzer Rückblick aus aktuellem Anlass	181
4	Zu begrüßen - aber nicht ausreichend ----- Zum ersten Jahresbericht des Gesundheitsministeriums Von Dr. Elinor Hubert, MdB	42
5 - 6	Unverständliche Entscheidung ----- Kein Unfallschutz für das werdende Leben Von Clara Döhring, MdB	61
7	Wieviel Gift ertragen sie? ----- Schädlingsbekämpfung und Ernährungsprobleme Von Bruno Kuster, Genf	38

Chefredakteur Günter Markscheffel

Deutschland und Frankreich

Die Sozialdemokraten und die Versöhnung unserer Völker Kurzer Rückblick aus aktuellem Anlass

G.M. - Seit einiger Zeit wird versucht, die Versöhnung des deutschen mit dem französischen Volke so darzustellen, als sei sie das Ergebnis der Politik Adenauers und de Gaulles. Nur ganz selten wird daran erinnert, daß es schon lange vorher in beiden Ländern Frauen und Männer gegeben hat, die selbst in schwierigsten Zeiten eine Politik des Abbaus nationalistischer Vorbehalte zwischen Deutschen und Franzosen befürworteten. Gelegentlich werden hierbei Namen wie der des früheren französischen Ministerpräsidenten Robert Schuman oder der deutschen und französischen Politiker nach dem ersten Weltkrieg, Stresemann und Briand, genannt. Daß auch sie ihre Politik nur auf die Vorarbeit der großen Parteien des demokratischen Sozialismus in Frankreich und Deutschland aufbauen konnten, wird meist totgeschwiegen.

* * *

Schon vor hundert Jahren verpflichteten sich die damals entstehenden Gruppen der Arbeiterbewegung in Frankreich und Deutschland zur internationalen Zusammenarbeit. Die deutschen und französischen Sozialisten verankerten den Willen zur Überwindung nationalistischen Denkens in j e d e m Volke in ihren Programmen. Sie wurden dafür von den Nationalisten in Deutschland und Frankreich geschmäht, als "Vaterlandsverräter" gebrandmarkt, oft des Landes verwiesen und persönlich sowie politisch unmöglich gemacht.

Während die damaligen herrschenden Mächte die Völker daran hinderten, sich politisch zu finden, hielt man es durchaus für normal, gemeinsam Aufrüstungsgeschäfte zu machen. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß sich die deutsche und französische Rüstungsindustrie vor dem ersten Weltkrieg durch gegenseitige Lieferungen "krisenfest" machte, während sie gleichzeitig viel Geld für die Propaganda der Rechtsparteien zur Bekämpfung des völkerverbindenden Sozialismus ausgab.

* * *

Ein Versuch zur Überwindung nationalistischer Engstirnigkeit wurde von August Bebel nach dem für Deutschland siegreichen Frankreichfeldzug im Jahre 1871 unternommen. Damals wandte sich die Sozialdemokratische Partei leidenschaftlich gegen die Annexion der französischen Provinzen Elsass und Lothringen durch Deutschland.

Das Echo auf diese Haltung der deutschen Sozialdemokratie war in Frankreich positiv. Die französischen Sozialisten entwickelten unter Führung von Jean Jaurès auf vielen Ebenen der französischen Innenpolitik eine große Aktivität mit dem Ziel der Aussöhnung des französischen mit dem deutschen Volke. Als Jaurès 1907 zum internationalen Sozialistenkongreß nach Stuttgart kam, hielt er dort eine bedeutende Rede für die enge Zusammenarbeit der deutschen mit der französischen Arbeiterbewegung im Kampf um die Erhaltung des Friedens.

Aber zu mächtig war die Reaktion in b e i d e n Ländern. Mit den primitivsten Mitteln wurde nationaler Haß gesät - und geerntet. Mit nur

wenigen Ausnahmen war das Bürgertum in beiden Ländern politisch rechts orientiert; es gefiel sich in einem destruktiven Nationalismus, der innenpolitisch zu einer starren Front gegen den demokratischen Sozialismus, aussenpolitisch zur Katastrophe des ersten Weltkrieges führte.

Am 31. Juli 1914 wurde Jaurès in Paris von einem gedungenen Meuchelmörder erschossen. Die Nationalisten Frankreichs triumphierten, das Schicksal nahm seinen Lauf.

* * *

Als 1918 das besiegte Deutschland am Boden lag und die Sieger den Besiegten einen Frieden diktierten, der wieder nur Haß zwischen den Völkern hervorrufen konnte, erhoben sich in Frankreich und Deutschland die Sozialisten und warnten erneut vor der Fortsetzung einer Wahnsinnspolitik. In zahlreichen Stellungnahmen haben die französischen Sozialisten den "Versailler Vertrag" verurteilt, ihn als ein Instrument imperialistischer Machtgier und als untaugliches Mittel zur Sicherung des Friedens in Europa bezeichnet.

Die erste deutsche Nachkriegsregierung unter sozialdemokratischer Führung erklärte am 23. Juni 1919 im Namen des deutschen Volkes: "Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos. Gewiß, die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel, aber dieser Versuch der Ehrabschneidung wird einmal auf die Urheber selbst zurückfallen, da es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht. Das ist unser Glaube bis zum letzten Atemzug."

Aus diesem Geiste hat dann später die deutsche Sozialdemokratie die von der deutschen Rechten, besonders von den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten, bekämpfte Versöhnungspolitik des damaligen Ausserministers Gustav Stresemann unterstützt.

In Frankreich stellten sich die Sozialisten hinter den keineswegs der sozialistischen Partei angehörenden Aristide Briand, der wie Stresemann in Deutschland die Überwindung einer jahrzehntelangen Feindschaft zwischen dem französischen und dem deutschen Volke anstrebte. Briand wurde in Frankreich ebenso wie Stresemann in Deutschland von den Nationalisten bekämpft und geschmäht.

* * *

Als Hitler in Deutschland zur Macht kam, die deutsche Demokratie zerschlagen war, bereitete sich wieder eine Katastrophe vor. Trotzdem haben die französischen Sozialisten unter Führung von Léon Blum auch noch angesichts der Drohungen und der Aufrüstungspolitik Hitlers versucht, im französischen Volke die Hoffnung und den Glauben an die Vermeidung des zweiten Weltkrieges zu erhalten. Sie waren nicht stark genug, zumal Hitler in jener Zeit internationale Unterstützung in Italien, Spanien und sogar in der Sowjetunion fand. Als Hitler schließlich in Frankreich einfiel und ganz Europa in den Kriegsstrudel stürzte, versöhnte er sich mit den damals entscheidenden Gruppen der französischen Nationalisten und ließ die Sozialisten in die Gefängnisse werfen. Léon Blum und viele seiner politischen Freunde traten den Weg in die Konzentrationslager des "Dritten Reiches" an. Sie fanden sich dort wieder mit ihren sozialistischen Freunden aus Deutschland und vielen anderen Ländern Europas, bewacht von den Schergen Hitlers, die den Völkerhaß gepredigt und den zweiten Weltkrieg begonnen hatten.

* * *

Nach der militärischen Niederlage der Hitlerdiktatur und dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" war in der ganzen Welt die Vorstellung herangereift, man müsse das deutsche Volk kollektiv verurteilen, Deutschland aufteilen und für alle Zeiten politisch aktionsunfähig machen.

Schon bei den ersten Beratungen der provisorischen französischen Regierung in Algier setzten sich die damals mit de Gaulle zusammenarbeitenden französischen Sozialisten gegen solche Absichten zur Wehr. Sie waren die ersten, die das französische Volk davor warnten, ein neues "Versailles" zu befürworten und das deutsche Volk kollektiv zu verurteilen.

Als Frankreich frei war und Léon Blum aus Buchenwald in die Heimat zurückkehren konnte, war er der erste französische Politiker, der öffentlich gegen die beabsichtigte Teilung Deutschlands, gegen die von de Gaulle gewollte Abtrennung des linksrheinischen Gebietes und die Kollektivverurteilung des deutschen Volkes auftrat. Gaullisten und Kommunisten bekämpften gemeinsam die Sozialisten ...

Die deutschen Sozialdemokraten unter Führung von Dr. Kurt Schumacher wehrten sich in Deutschland selbst mit der gleichen Leidenschaft wie die französischen Sozialisten gegen die Kollektivverdammung des deutschen Volkes. Von Kurt Schumacher stammt der Satz:

"Wir wollen die Versöhnung mit dem französischen Volke, denn nur die Aussöhnung unserer beiden Völker wird eine stabile Grundlage für ein zukünftiges vereinigtes Europa sein."

Und Léon Blum sagte in Paris:

"Wer den Geschlagenen demütigt, wer ein Volk kollektiv verurteilt für die Verbrechen seiner Diktatoren, hat das Recht verwirkt, sich Sozialist zu nennen; er ist auch kein guter Franzose."

Entsprechend dieser Grundeinstellung haben die französischen Sozialisten auch in der praktischen Politik der Nachkriegsjahre ein Verhalten an den Tag gelegt, das in jeder Beziehung die Aussöhnung des deutschen mit dem französischen Volke zum Ziele hatte. Wenn es darum ging, die separatistische Politik der damaligen französischen Besatzungsmacht zu verhindern, standen die französischen Sozialisten an der Spitze. Stellvertretend für viele andere sei hier der Name S. Grumbach genannt. Grumbach war seinerzeit Vorsitzender des Aussenpolitischen Ausschusses der französischen Nationalversammlung.

Die französischen Sozialisten bekämpften auch die von mehreren französischen Nachkriegsregierungen angestrebte Loslösung des Saargebietes von Deutschland. Sie ernteten keinen Dank dafür. Gaullisten und Kommunisten, zum Teil aber auch christlich-demokratische Politiker Frankreichs brachten nur wenig Verständnis für die Haltung eines Blum und Grumbach auf. Erst später sollte sich einiges ändern.

* * *

In den Jahren des großen internationalen Ringens um die Lösung des Deutschland-Problems setzten sich die französischen Sozialisten, fast immer im Gegensatz zu den zahlreichen französischen Nachkriegsregierungen, für die Erhaltung der Einheit Deutschlands ein. Sie wurden deswegen von Gaullisten und Kommunisten bekämpft.

Als sichtbar wurde, daß Moskau die Teilung Deutschlands und Europas aufrecht erhalten wollte und als die ersten Voraussetzungen für die wirtschaftliche und auch politische Zusammenarbeit des freien Teils Europas geschaffen werden mußten, gab es zwischen deutschen Sozialdemokraten und französischen Sozialisten vorübergehende Meinungsverschiedenheiten. Während sich die französischen Sozialisten sofort für die engste Zusammenarbeit Frankreichs, Italiens, Hollands, Belgiens und Luxemburgs mit dem westlichen Teil Deutschlands, der Bundesrepublik, aussprachen, meldete die SPD Vorbehalte an, weil sie befürchtete, daß die Spaltung Deutschlands und Europas noch tiefer werden würde.

Bald jedoch entwickelte sich in den freundschaftlichen Diskussionen die gemeinsame Auffassung, daß Westeuropa eng zusammenarbeiten müsse, um durch seine wirtschaftliche und auch ideelle Überlegenheit den vom Kommunismus beherrschten Teilen Europas Vorbild werden zu können.

Von diesem Augenblick an war das gemeinsame Bestreben der deutschen und französischen Sozialdemokraten, die wirtschaftliche Gemeinschaft Westeuropas zu einer politischen Gemeinschaft auszubauen und dafür Sorge zu tragen, daß zwischen dem freien Europa und den Vereinigten Staaten eine enge Partnerschaft entsteht. Ebenso einmütig sind französische und deutsche Sozialdemokraten in den europäischen Institutionen dafür eingetreten, daß Großbritannien und die skandinavischen Staaten sowie Österreich und die Schweiz zur EWG gehören sollen und daß das freie Europa mit seinen wirtschaftlichen Gemeinschaften jedem anderen europäischen Staat die Tür offen halten muß.

* * *

Historisch betrachtet haben also die sozialdemokratischen Parteien Europas durch ihre jahrzehntelange, in allen europäischen Völkern tief verwurzelte Politik der Völkerveröhnung und Zurückdrängung des Nationalismus die Voraussetzungen für eine europäische Politik im besten Sinne des Wortes geschaffen. Sie haben gerade in jüngster Zeit durch ihr ständiges Bemühen, im freien Teil Europas enge Begrenzungen zu verhindern, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auszuweiten und den Bogen zu einer Partnerschaft mit den USA zu spannen, den Sinn für die Gemeinschaft der freien Völker über das institutionelle hinaus gefördert und gefestigt.

Der Versuch, eine solche Entwicklung zurückzudrängen, ihr durch Sonderbündeleien zweier europäischer Staaten erneut Grenzen zu setzen, wird scheitern. Ein solcher Versuch ist genauso zum Scheitern verurteilt, wie alle jene Bemühungen reaktionärer Kräfte im vergangenen Jahrhundert, die zwar vorübergehend triumphieren, aber auf die Dauer die Idee eines freien Europa nicht besiegen konnten.

+ + +

Zu begrüßen - aber nicht ausreichend

Zum ersten Jahresbericht des Gesundheitsministeriums

Von Dr. Elinor Hubert, MdB

Das Bundesministerium für das Gesundheitswesen hat erstmalig einen Jahresbericht 1962 vorgelegt. Es ist zu begrüßen, daß auf diese Weise die Öffentlichkeit mit dem Umfang der Aufgaben des Bundesgesundheitsministeriums bekannt gemacht wird. Der Bericht enthält auch einige interessante Angaben über die Erfahrungen mit dem durch das neue Arzneimittelgesetz vorgeschriebenen Registrierungsverfahren. Für den Kenner der Materie wird allerdings auch sichtbar, daß eigene Initiativen der Bundesregierung bisher **n i c h t** vorgelegen haben. Wir hören von verschiedenen Vorhaben, und schon lange fälligen Rechtsverordnungen zum Lebensmittel- und Arzneimittelgesetz; ein Werbegesetz für Arzneimittel wurde angekündigt. Doch Initiativen waren immer vom Parlament gekommen.

Dem Beginn der Massnahmen zur Bevorratung von Milchkonserven für Säuglinge und Kleinkinder lag eine große Anfrage der SPD zugrunde, durch die die Bundesregierung aufgefordert wurde, Vorsorgemaßnahmen zu treffen für den Fall, daß die radioaktiven Niederschläge die Gefahrengrenze überschreiten könnten.

Es entsprach einer Bitte des SPD-Abgeordneten Dr. Mommer, den Bericht der britischen Ärztegesellschaft über die Zusammenhänge zwischen Zigarettenrauchen und Lungenkrebs zu übersetzen und den Mitgliedern des Bundestages zugänglich zu machen; und die Einsetzung einer Summe von DM 600.000 für die Fortentwicklung von orthopädischen Hilfsmitteln für Kinder mit Mißbildungen entsprach einem Antrag der SPD, angesichts der Contergan-Katastrophe.

Daß das Ministerium im Berichtsjahr tatkräftig vom Bundesgesundheitsrat unterstützt worden sei, war wohl nicht möglich, da dieser Bundesgesundheitsrat erst 1963 ernannt und erst kürzlich zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengerufen worden ist.

Der Bericht ist noch angefüllt mit einer Aufzählung langjähriger Etatposten für Organisationen, die sich mit Gesundheitsfragen beschäftigen, und es ist gewiss verdienstlich, daß der Bericht einer breiten Öffentlichkeit deutlich macht, was sich seinerzeit der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages dabei gedacht hat, als er gesetzlich die Schaffung des deutschen Lebensmittelbuches festlegte.

Die Überführung des Referats "Wasserwirtschaft" aus dem Ministerium für Atomkernenergie in das Bundesgesundheitsministerium hat bisher leider keine größere Aktivität auf diesem so wichtigen Gebiet gezeitigt.

Die Ausbeute des Gesundheitsministeriums im Jahre 1962 ist selbst auf dem Gebiete der fälligen Rechtsverordnungen ausserordentlich gering. Man kann nur wünschen, daß, nachdem das Ministerium nach langem Hin und Her nun endlich einen Staatssekretär hat, die Gesetzestätigkeit etwas intensiver wird.

Unverständliche Entscheidung

Kein Unfallschutz für das werdende Leben
Von Clara Döhring, MdB

Der Bundestag hat kürzlich die Neuregelung der Unfallversicherung nahezu einstimmig verabschiedet. Auch die SPD-Fraktion stimmte zu. Mit gutem Grund, denn die Unfallversicherung ist grundsätzlich verbessert worden, vor allem durch die Einführung der bereits für die Älteren geltende dynamische Anpassung, für die sich die SPD immer eingesetzt hat. Einige notwendige Gesetzesänderungen oder -ergänzungen konnten allerdings nicht durchgesetzt werden, weil die CDU/CSU und FDP sie ablehnten.

Zu diesen bedauerlichen Mängeln der Neuregelung gehört vor allem, daß der von der SPD beantragte Leistungsanspruch solcher Personen, die im Zustand der Schwangerschaft durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit der Mutter geschädigt wurden, unberücksichtigt blieb.

Es ist unverständlich, daß die Koalitionsparteien sich nicht zu der Einsicht durchringen konnten, wie sehr eine solche Ergänzung der gegenwärtigen Lage und sicherlich noch mehr der zukünftigen Entwicklung entspricht. Niemand kann - ob er es nun gut heißt oder bedauert - leugnen, daß immer mehr Mütter im Erwerbsleben stehen. Wenn nun eine erwerbstätige, unfallversicherte werdende Mutter einen Arbeitsunfall erleidet oder sich eine Berufskrankheit zuzieht, liegt es auf der Hand, daß nicht nur sie selbst, sondern auch das ungeborene Kind als Teil ihrer selbst Schaden nehmen kann.

Für die Mutter springt die Unfallversicherung selbstverständlich ein, für das mitgeschädigte Kind dagegen **n i c h t**. Dabei steht fest, daß in vielen Fällen das ungeborene Kind sogar mehr geschädigt werden kann als die Mutter.

Diese Tatsache ist bei der Beratung der Unfallversicherungs-Neuregelung keineswegs zum ersten Mal zur Diskussion gestellt worden. Sie wurde vielmehr auf anderen Gebieten bereits akzeptiert und berücksichtigt. So gilt für die Zivilrechtssprechung seit einer Bundesgerichtshof-Entscheidung aus dem Jahre 1952 als rechtens, daß Personen, die als Leibesfrucht bei einer gesundheitlichen Schädigung der Mutter ebenfalls geschädigt worden sind, Schadensersatz nach §§ 823 ff des Bürgerlichen Gesetzbuches fordern können.

1962 hat das Bundessozialgericht entschieden, dass Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz auch an Personen zu gewähren sind, die als Leibesfrucht entsprechende Schädigungen - etwa durch Misshandlungen der Mutter während der Kriegsgeschehen - erlitten haben.

Unso unverständlich ist es, dass eine solche Regelung in der Arbeitswelt nicht gelten soll. Die SPD hat keineswegs die Grenzen verwischen wollen. Im Gegenteil, sie hat vorausgesetzt, dass eindeutig ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit der werdenden Mutter die Schädigung des ungeborenen Kindes verursacht haben muss, wenn die Unfallversicherung herangezogen werden soll. In diesen nachgewiesenen Fällen ist aber die Unfallversicherung zuständig und nicht, wie es die Koalition will, das Sozialhilfegesetz, das nach den Ausführungen des CDU-Sprechers herangezogen werden soll, wenn der Einzelne die Schicksalsschläge nicht tragen könne, die er zunächst einmal allein zu tragen versuchen müsste.

Diese Einstellung wirft ein merkwürdiges Licht auf die Familienpolitik, die von der Regierungskoalition immer mit so schönen Worten gepriesen wird. Denn das Sozialhilfegesetz kann nur von Menschen mit kleinst-Einkommen in Anspruch genommen werden. Die Krankenschwester aber - um nur ein Beispiel aus der Praxis anzuführen -, deren ungeborenes Kind schwere körperliche und geistige Schäden davontrug, weil die Mutter sich während der Schwangerschaft bei der Berufsausübung mit Röteln infizierte - diese Frau muss für die kostspielige ärztliche Betreuung ihres auf Lebenszeit geschädigten Kindes allein aufkommen. Alle Eltern werden in solchen Fällen ihr Möglichstes tun - auf Kosten des Lebensstandards ihrer Familie und auf Kosten der Ausbildungschancen ihrer geurden Kinder.

Uns erscheint dies familienpolitisch untragbar und als ein Bruch in der sozialpolitischen Linie, die uns allen durch das Grundgesetz mit dem Begriff des sozialen Rechtsstaates aufgegeben ist.

* * *

Wieviel Gift ertragen sie ?

Von Bruno Kuster, Genf

Wenn die Menschheit nicht verhungern will, muß sie mit ihrer täglichen Nahrung ein gewisses Quantum Gift schlucken. Das ist die paradoxe Schlußfolgerung einer Expertenkonferenz in Genf, die sich mit den Vorteilen und Gefahren der chemischen Schädlingsbekämpfung auseinandersetzte. Das Problem, das sich den Fachleuten stellt, lautet: Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit nicht die Menschen, sondern die Schädlinge verenden?

Einerseits notwendig - andererseits schädlich

Die rasche Zunahme der Weltbevölkerung und die Notwendigkeit, sie ausreichend zu ernähren, machen die Schädlingsbekämpfung unvermeidlich. Das chemische Erzeugnis ist, wie Dr. H. L. Haller aus dem amerikanischen Landwirtschaftsdepartement betont, "die wirksamste und billigste Waffe" im Kampf gegen die Parasiten, zur Verteidigung der Ernten, zum Schutz von Pflanzen und Tieren und zur Vertilgung von Unkraut. Allerdings gibt es auch andere Methoden der Schädlingsbekämpfung, wie beispielsweise die Verwendung verbesserten Saatgutes oder die häufige Fruchtwechselfolge. Auch biologische Mittel - Viren und Bakterien - werden mit Erfolg eingesetzt, doch sind sie nur gegen gewisse Arten von Parasiten wirksam.

Wer ist am meisten gefährdet ?

Die Erfahrung zeigt, daß der Arbeiter, der mit dem Verladen, dem Transport oder der Verwendung der Mittel beschäftigt ist, am meisten gefährdet ist. Vergiftungsfälle mit tödlichem Ausgang sind nicht selten. "Das Tragen einer Maske ist deshalb unerlässlich", fordern die internationalen Experten. Aber auch Bauernkinder, die aus Unwissenheit solche Gifte einnehmen, sind großen Gefahren ausgesetzt. Doch allen diesen Schwierigkeiten kann, wie auch den anderen Unfallgefahren, durch Ergreifung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen begegnet werden.

Giftrückstände in Nahrungsmitteln

Ein ganz anderes Problem sind die giftigen Rückstände in den Nahrungsmitteln, die in den Handel gebracht werden. Solange die Schädlingsbekämpfungsmittel zurückhaltend und vorsichtig verwendet werden, ist die Gefahr gering. Ihre übermäßige Verwendung bewirkt aber ein rasches Ansteigen der Rückstände in den Nahrungsmitteln. Je hartnäckiger der Widerstand gewisser Parasiten wird, desto größer die Versuchung der Landwirte, mit zunehmenden Giftmengen dem Feind doch noch beikommen zu können. Bis jetzt besteht noch wenig Klarheit darüber, wieviel Gift ein Mensch im Verlaufe seines Lebens erträgt ohne krank zu werden.

Die zuständigen internationalen Stellen beabsichtigen, eine Höchstgrenze festzulegen, die dann ihrerseits einen Anhaltspunkt für das erträgliche Ausmaß der Verwendung der chemischen Mittel darstellt. Da gewisse Gifte vom lebenden Organismus - sowohl der Menschen als auch der Tiere und Pflanzen - aufgespeichert werden, wäre es verbrecherisch, den Dingen ihren Lauf zu lassen, auch wenn noch keine akute Gefahr besteht.